

SPD-Parteivorsitzender
Herrn Lars Klingbeil
Dialogkommunikation
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Gesprächspartner:in



16. Juli 2026

Unklare Position der SPD zum Informationsfreiheitsgesetz (IFG) des Bundes

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit großer Besorgnis habe ich Ihr ARD-Sommerinterview gesehen, in dem Sie die Pläne der Regierungskoalition zur Reform des Informationsfreiheitsgesetzes verteidigt haben. Die Einigung vom 2. Juli würde allerdings sehr wohl die De-facto-Abschaffung dieses wichtigen Transparenzgesetzes bedeuten – entgegen dem Versprechen des Koalitionsvertrages. Ich bitte Sie, hier auf die Kritik aus Journalismus, Wissenschaft, Verbänden und Ihrer eigenen Partei zu hören und solch eine Reform nicht mitzutragen!

Sie beteuern im Sommerinterview, die Rechercherechte von NGOs oder Journalist:innen sollten nicht angetastet werden. Leider ist das Gegenteil der Fall. Die Schwere der bereits in der kurzen Einigung erkennbaren Eingriffe ist erheblich:

- In der Praxis hätten Akteure wie Greenpeace oder Medienhäuser kein Recht auf Einsicht in Originaldokumente mehr, weil **NGOs, Verlage oder Rundfunkanstalten keine natürlichen Personen** sind, auf die das Antragsrecht begrenzt werden soll.
- Journalist:innen könnten sich auch deswegen nicht mehr auf das IFG berufen, weil es nur noch greifen soll, wenn keine anderen Auskunftsansprüche zur Verfügung stehen. Sie können sich allerdings auf Landespressegesetze berufen, die jedoch kein Recht auf Akteneinsicht gewährt. In der Praxis würden **Journalist:innen damit sogar schlechter gestellt als Bürger:innen**, wenn es um eine vertiefte Recherche geht.
- Es ist ein Definitionsmerkmal des IFG, dass Informationen ohne persönliche Betroffenheit und Begründung beantragt werden können.

Wird ein „berechtigtes Interesse“ gefordert, handelt es sich nicht mehr um ein Informationsfreiheitsgesetz, wie auch der Bundesdatenschutzbeauftragte betont hat. Tatsächlich stünde **die Bundesrepublik dann wieder auf dem Stand der 1970er Jahre**, als Akteneinsicht lediglich bei persönlicher Betroffenheit nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz von 1977 erteilt wurde.

Lobbyaffären, Maskendeals und Unterdrückung von hauseigener Expertise – vieles wäre ohne das IFG nicht herausgekommen. Greenpeace selbst hat über Informationsfreiheitsgesetze Missstände, z.B. bei Uniper oder kürzlich zum Tiefseebergbau, ans Licht geholt. Ihre Partei stand meist auf der richtigen Seite solcher Geschichten. Es kann nicht im Interesse der SPD sein, den eigenen Namen mit einer solchen Rolle rückwärtszuverbinden.

Deutschland würde sich von einem Bürgerrecht verabschieden, welches die SPD vor 20 Jahren mit beschloss und für das sie stets mit uns gestritten hat. Während Länder von Schweden bis zu den USA sogar weitergehende Transparenzregelungen haben, droht bei uns der Rückschritt. Stellen Sie sich dem entgegen!

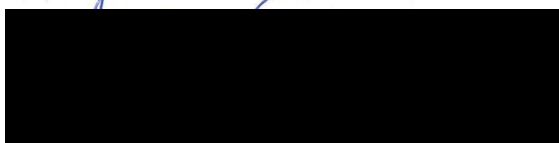
Die geplanten **Maßnahmen mit einem Bürokratieabbau und einer veränderten Bedrohungslage zu begründen, überzeugt nicht**: Die geplante Prüfung eines „berechtigten Interesses“ sowie der Staatsbürgerschaft der Antragsteller:in dürfte eher zu einer Mehrbelastung der Behörden führen. Zudem ist es bereits heute möglich, sensible Informationen zurückzuhalten – was sehr häufig geschieht. Nicht umsonst ist das längste Kapitel des heutigen IFG das zu Ausnahmen. An Möglichkeiten der Ablehnung fehlt es offensichtlich schon heute nicht (vgl. BMI 2025: von 18.227 IFG-Anträgen wurde nur in 7.590 Fällen der Informationszugang im beantragten Umfang gewährt).

Sehr geehrter Herr Klingbeil,

ich verstehe die Belastungen vieler engagierter Verwaltungsmitarbeitender. Aber die Lösung kann nicht sein, sich von der Union in die 1970er Jahre führen zu lassen. Im Gegenteil: **Transparenz, Digitalisierung und Offenheit für neue Impulse** und Kritik stärken sogar unsere Demokratie. Daran haben wir als großer Umweltverband ebenso ein Interesse wie Sie als Politiker.

Wie werden Sie sich als Parteivorsitzender in dieser elementaren Frage nun positionieren und wie weit gehen Sie als Regierungsmitglied? Bitte beantworten Sie mir auch, was wir als Zivilgesellschaft – die aktuell einfach unseren Job macht – zu einer Lösung beitragen können. Gerne möchte ich mich darüber und über die Rolle der SPD dabei weiter mit Ihnen austauschen und bitte um einen Terminvorschlag.

Mit freundlichen Grüßen



Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace e.V.